

Antwort
der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Ursula Fischer
und der Gruppe der PDS/Linke Liste**
— Drucksache 12/7140 —

Interview des Bundesministers Carl-Dieter Spranger

Der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Carl-Dieter Spranger, gewährte der Neuen Osnabrücker Zeitung am 22. Februar 1994 ein Interview. Darin fordert er u. a., den Haushalt seines Ministeriums „deutlich aufzustocken“. Die Mittel dafür wären vorhanden, wenn man die Ausgaben für Asylbewerber spürbar senken könnte. Mit den Entwicklungshilfegeldern wolle er dann die Ursachen der „Wanderungs- und Flüchtlingsbewegungen bekämpfen“. Minister Carl-Dieter Spranger vertritt fernerhin die Auffassung, daß „die Ausländerproblematik ... auch nicht annähernd gelöst“ ist.

1. Kann die Bundesregierung klarstellen, was sie unter einer Lösung der Ausländerproblematik in Deutschland versteht?

Solange noch Monat für Monat Tausende von Asylbewerbern, von denen – bei Zugrundelegung der derzeitigen Anerkennungsquoten von rund 6 % – nur ein Bruchteil als asylberechtigt anerkannt werden, sowie eine unbekannte Zahl illegaler Einwanderer nach Deutschland kommen, besteht weiterhin Handlungsbedarf.

2. Ist die Bundesregierung nicht der Meinung, daß Bundesminister Carl-Dieter Spranger, auf die Ausländerproblematik angesprochen, den Menschen hierzulande schon allherhand zumutet, wenn er sagt: „... damit importieren wir auch international organisierte Kriminalität, Mißbrauch von Sozialleistungen, illegale Beschäftigung, zunehmende Gewalttätigkeiten, Verschärfung der Wohnungsnot und der Arbeitslosigkeit nach Deutschland.“?
Wenn nein, warum nicht?

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung vom 5. April 1994 übermittelt.

Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

Nein, denn Bundesminister Carl-Dieter Spranger referiert damit lediglich Fakten. Die zunehmende Gewalttätigkeit z. B. haben auch die Ausschreitungen extremistischer Kurden in Deutschland in jüngerer Zeit erneut belegt.

3. Wie kann die Bundesregierung entkräften, daß es sich bei diesem Interview um staatlich sanktionierte Ausländerfeindlichkeit handelt?

Die in der Frage enthaltene Unterstellung läßt sich aus dem Interview keinesfalls ableiten.

4. Woran läßt sich nach Auffassung der Bundesregierung der Erfolg der Bekämpfung der „Ursachen der weltweiten Wanderungs- und Flüchtlingsbewegungen“ durch die deutsche Entwicklungszusammenarbeit messen?

Flucht- und Wanderungsbewegungen in und aus den Entwicklungsländern haben ihre Ursache überwiegend in unzureichenden politischen, wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen. Entwicklungszusammenarbeit, die hier zu Verbesserungen führt, trägt nach der in Fachkreisen unumstrittenen Auffassung der Bundesregierung zur Fluchtursachenbekämpfung bei.

5. Teilt die Bundesregierung die Auffassung des Ministers, daß das Ausländerthema unter wahlpolitischen Aspekten abgehandelt und zu einem wichtigen Punkt des Wahlkampfes gemacht werden muß?

Wenn ja, weshalb?

Es ist nicht Sache der Bundesregierung, Wahlkampfüberlegungen der Parteien zu kommentieren.

6. Identifiziert sich die Bundesregierung mit der Verharmlosung des Rechtsextremismus und Neofaschismus in Deutschland, die davon ausgeht, daß es offensichtlich erst entsprechende „Großorganisationen“ geben muß, bis eine Gefahr besteht?

Die in der Frage unterstellte Verharmlosung ist von Bundesminister Carl-Dieter Spranger in dem Interview nicht vorgenommen worden.

7. Wie rechtfertigt die Bundesregierung den Verbleib von Bundesminister Carl-Dieter Spranger im Kabinett, wenn er sich zu der Behauptung herabläßt: „Für mich sind die ständigen Demonstrationen gegen angebliche, aber gar nicht vorhandene Ausländerfeindlichkeit und Rassismus, an denen sich vornehmlich SPD, DGB und PDS beteiligen, nichts anderes als ein Identifikationsthema für unverbesserliche Sozialisten...!“?

8. Ist nach Auffassung der Bundesregierung der Bundesminister angesichts der oben genannten Auslassungen für die Bundesregierung noch haltbar, oder sollte er nicht besser zurücktreten?

Wenn nicht, warum nicht?

Diese Fragen stellen sich für die Bundesregierung nicht.

9. Kann nach Meinung der Bundesregierung ein Politiker, der derartige Auffassungen im Hinblick auf die Ausländer in Deutschland vertritt, an der Spitze eines Bundesministeriums stehen, das für die solidarische und partnerschaftliche Entwicklungszusammenarbeit mit Ländern der „Dritten Welt“ verantwortlich ist?

Gerade weil Bundesminister Carl-Dieter Spranger für die partnerschaftliche Entwicklungszusammenarbeit eintritt, hat er sich auch zu Fragen der Ausländer- und Asylproblematik geäußert.

